

IN Langen

Ausgabe Januar 2018

Zukunftsweisende Sportentwicklung



Jochen Kühl

Die Sportentwicklung in Langen steht vor großen Herausforderungen. Mehr Wohnungen, mehr BürgerInnen in Langen bringen auch mehr Sportinteressierte. Ob diese alle in Langens

Sportvereine streben oder sich eher kommerziellen Sportanbietern zuwenden oder alle Formen des selbstorganisierten Freizeitsports nutzen, ist offen. Ein „Sportentwicklungskonzept“ für Langen, so berichtete Bürgermeister Gebhardt der Sportkommission der Stadt, soll die Entwicklung und Vielfalt des Sports (Sporträume, Sportinhalte und -Organisationsformen) aufzeigen und eine bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Sportentwicklungsplanung vornehmen. Joachim Kolbe, zuständiger Fachbereichsleiter, geht davon aus, dass das

weit über die traditionellen Schul- und Vereinsstrukturen und auch über die traditionellen Sportarten hinausgeht. In der Sportkommission, der Vertreter der Stadtverordneten-Fraktionen und der Langer Sportvereine angehören, bestand hierüber Konsens und auch darüber, dass in Kürze mit den Vereinen und anderen Akteuren des Sports die Beratungen dazu aufgenommen werden. Das „Sportentwicklungskonzept“ sieht die SPD als zukunftsweisend notwendig an. Sie begrüßt daher die Initiative des Magistrats ausdrücklich. Konsens besteht in der Sportkommission auch darüber, dass zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein Bebauungsplanverfahren für den Sportpark Oberlinden eingeleitet werden soll. Nur so sind notwendige Bestandserhaltung und zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Sportstätten dort möglich.



Junge Zukunft



Monika Hoppe

Im Rahmen des Projektes „Demokratie leben“ fand am 22. September 2017 eine Zukunftskonferenz mit 750 Jugendlichen in der Neuen Stadthalle Langen statt. Die Ergebnisse

wurden den Stadtverordneten Ende November vom Langer Jugendforum erläutert. Die Präsentation zeigte einmal mehr, dass junge Menschen sich überaus interessiert und engagiert für Langen und ihre Bedürfnisse einsetzen. So wurden z. B. Spielplätze beurteilt und Verbesserungsvorschläge erarbeitet.

Demokratie leben!

Es gab den Wunsch nach einem überdachten Treffpunkt im Birkenwäldchen. Und ein Modell, wie dieser aussehen könnte, wurde auch gleich gezeigt. Weitere Themen waren: WLAN und digitale Kommunikation, Kinder- und Jugendrechte, Öffentliche Plätze und Wege, Verkehrssicherheit und vieles mehr. Alles in allem waren sowohl die Zukunftskonferenz als auch deren Präsentation überaus gelungene Veranstaltungen.

Mehr Verkehrssicherheit



Frank Weber

Langen wächst und damit auch der Verkehr. Auch auf der Umgehungsstraße. Zum Teil verlagert sich der Verkehr aber von dort auch wieder zurück in die Stadt. Sehr deutlich wird das

an den großen Achsen Südliche Ringstraße und Nördliche Ringstraße. Der Wunsch, dass innerstädtischer Verkehr verstärkt zu Fuß oder per Fahrrad wahrgenommen wird, bedeutet auch den Schutz vor Durchgangsverkehr, Geschwindigkeitsübertretungen und blockierten Fuß- und Radwegen. Zuviel Verkehr, zu hohe Geschwindigkeit und rücksichtsloses Falschparken schmälern den Wohn- und Aufenthaltswert in Langen. Der Schwerpunkt muss daher auf der Verringerung des Durchgangsverkehrs und einer Entschleunigung liegen. Es geht um die Lebensqualität in Langen. Die SPD hat schon zum Haushalt 2015 ein Verkehrssicherheits- und Verkehrsüberwachungskonzept eingebracht. Dies muss jetzt ergänzt werden um bauliche verkehrsregelnde Maßnahmen, insbesondere für die bisher nicht verkehrsberuhigten Vorbehaltstraßen. Die heute verfügbaren technischen und baulichen Möglichkeiten sind einzubeziehen. Die vereinzelt stadtbekannt Blitzanlagen sind nicht zeitgemäß, um die Verkehrssicherheit zu verbessern.

Bezahlbarer Wohnraum



Joachim Knapp

Dieser Forderung müssen nun konkrete Taten folgen. Die SPD wird eine Vorlage in das Parlament einbringen und damit den Auftrag an den Magistrat erteilen, konkrete Maß-

nahmen zu ergreifen. Ein nicht unbedeutender Kostenfaktor, welcher preiswertem Wohnraum im Wege steht, ist die Grunderwerbsteuer. Diese belastet nicht nur den normalen Haus- oder Wohnungskäufer, sondern auch den Bauträger.

Nach Ansicht der SPD sollen daher die städtischen Gesellschaften aktiv werden. So sind die Stadtwerke Langen GmbH Eigentümerin von Grundstücken, auf denen nicht mehr benötigte Trafostationen und andere technische Einrichtungen stehen und die problemlos mit Mehrfamilienhäusern durch die eigene Wohnungsbaugesellschaft bebaut werden könnten. Die Wohnungsbaugesellschaft kann dabei die Grunderwerbsteuerbelastung vermeiden und so einen großen Kostenvorteil realisieren.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann sowohl über eine Bankfinanzierung als auch über den teilweisen Verkauf von errichteten Wohnungen erfolgen. Durch das sehr günstige Zinsniveau ist diese Maßnahme auch für die Wohnungsbaugesellschaft eine gute, langfristige Investition. Darüber hinaus soll nach unserer Ansicht die Wohnungsbaugesellschaft weitere Baumaßnahmen durchführen und preiswerten Wohnraum schaffen. Damit kann dämpfend auf die Preisentwicklung eingewirkt werden.



Impressum

SPD-Stadtverordnetenfraktion
Margrit Jansen, Fraktionsvorsitzende
Südliche Ringstraße 80,
Rathaus, Zimmer 132
63225 Langen

Redaktion: Margrit Jansen

E-Mail: fraktion-spd@langen.de

Fotos: Erwin Schönwälder, Archiv, Fotolia



www.spd-langen.de/parlament-stadtverordnete



Wachstum gewinnt weiter an Fahrt

Wieder breite Mehrheit für den Haushaltsplan



Rainer Bicknase

Die Wirtschaft boomt. Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie seit Jahren nicht. Deutschland sucht eine neue Regierung und es wird sich zeigen, ob die Sozialdemokraten

wieder mit dabei sein wollen. In Hessen wird in wenigen Monaten eine neue Landesregierung gewählt. Und in Langen geht es weiter aufwärts.

Der gemeinsame Kurs von SPD-Bürgermeister Frieder Gebhardt und der SPD-Fraktion bestätigt sich erneut. Zur Beseitigung des Haushaltsdefizits hat die SPD in Langen nie auf die Streichung von Zuschüssen an Vereine, die Schließung von Einrichtungen oder ähnlich schmerzhaften Maßnahmen gesetzt. Stattdessen laufen in unserem Rathaus die Abteilungen Wirtschaftsförderung und Stadtplanung auf Hochtouren.

Die Stadtplaner schaffen die Voraussetzungen für neuen Wohnraum und neue Gewerbe-

flächen. Die Wirtschaftsförderung sucht für diese neuen Flächen mit großem Erfolg geeignete Interessenten. Auch wenn die Gewerbesteuer bei weitem noch nicht wieder die alten Spitzenwerte erreicht hat, so zeigt sich doch, dass durch die Ansiedelung neuer Betriebe diese Einnahmequelle wieder stetig steigt. Die Schaffung von neuem Wohnraum führt zu einer steigenden Bevölkerungszahl in Langen und somit langfristig zu einem höheren städtischen Anteil an der Einkommenssteuer. Neue Einwohner, das heißt natürlich auch neue Bedürfnisse.

Viele Anforderungen sind berechtigt: Mehr tun für Ältere, für Pflege, mehr Sauberkeit und Sicherheit, eine kunden- und dienstleistungsorientierte Stadtverwaltung, eine lebendige Innenstadt, gepflegte Grünanlagen und attraktive Schwimmbäder, ein leistungsstarker ÖPNV, mehr für Sport und mehr für Kultur. Und wir werden noch mehr KITA-Plätze, noch mehr Schulkinderbetreuung, noch mehr Angebote für Jugendliche brauchen. Hier sind wir froh, dass das neue Jugendforum bereits zukunftsweisende Vorschläge gemacht hat.

Liebe Leserinnen und Leser,



Margrit Jansen

Langen hat einen beschlossenen Haushalt für das neue Jahr 2018. Wieder gab es dafür erfreulicherweise eine breite Mehrheit im Stadtparlament. Das heißt, die Stadt ist arbeits-

fähig und kann ihren erfolgreichen Weg fortsetzen.

Was es mit der „Hessenkasse“ auf sich hat und was die SPD über die „Rolle rückwärts“ in Sachen Kitagebühren denkt oder warum wir eine zusätzlich Über- oder Unterführung der Bahngleise wollen, all das - und noch viel mehr - können Sie in dieser Ausgabe nachlesen. Bitte melden Sie sich bei uns, wenn Sie Anregungen haben. Politik wird erst dann richtig gut, wenn sich viele einmischen.

Ich wünsche Ihnen ein gutes neues Jahr 2018.

Ihre

Vorsitzende der SPD-Fraktion Langen
margrit.jansen@spd-langen.de

Das alles sind unverzichtbare Bausteine für das gute und friedliche Zusammenleben in unserer Stadt. Das alles hat seinen Preis. Nur wenn alle bereit sind, ihren gerechten Beitrag – sprich ihre Steuern und Abgaben zu zahlen – wird es gelingen, unsere Stadt zukunftssicher zu machen.

Ein Dorn im Auge ist der SPD-Langen die erneute Erhöhung der Grundsteuer B. Im Vergleich zu allen anderen Steuererhöhungen ist die Grundsteuer am ehesten zu vergleichen mit einer Gießkanne, die die Belastung recht gleichmäßig verteilt. Aber jede Erhöhung ist für Familien mit kleinem Einkommen

am schwersten zu verkraften. Denn sie sorgt leider auch mit dafür, dass die Mieten steigen.

Auch deshalb würden wir liebend gerne auf weitere Anhebungen verzichten. Aber neben dem Sparen ist uns der Zwang zur Erhöhung der Einnahmen mit dickem Rotstift vom Land Hessen ins Haushaltsbuch geschrieben. 2019 darf es bei allen hessischen Kommunen kein Haushaltsdefizit mehr geben. So ist der ausgeglichene Haushalt – die vielbeschworene „schwarze Null“ - bis 2019 eine vom Land diktierte Pflichtveranstaltung.

Zum Glück sehen das inzwischen auch die anderen Fraktionen im Stadtparlament so. Deshalb hat es in diesem Jahr für die unvermeidliche Grundsteuererhöhung von 600 auf 650 Punkte erneut eine breite Mehrheit gegeben. Nur die FWG/NEV duckt sich mal wieder weg. Und das, ohne aufzuzeigen, wie die Auflagen des Landes sonst zu erfüllen wären. So leicht darf man es sich nicht machen. Für reichlich Diskussionsstoff werden in den nächsten Monaten die neuen „Wohltaten“ der schwarzgrünen Landesregierung sorgen. Ob die „Hessenkasse“ oder der 136 €-Zuschuss zur Abschaffung der Kitagebühren das Gelbe vom Ei sind, wird sich zeigen müssen. Die „guten Taten“ des Landes dürfen nicht wieder auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden. Von Mogelpackungen aus Wiesbaden haben wir langsam die Nase voll.

Hessenkasse – was ist das?



Frieder Gebhardt
Bürgermeister

Wie in kaum einem anderen Bundesland stehen viele Kommunen in Hessen bei ihren Banken in der Kreide, weil sie über Jahre hinweg ihre Ausgaben nicht mit den Einnahmen ausgleichen konnten.

Privathaushalte behelfen sich in solchen Fällen mit einem Dispokredit, auch Überziehungskredit genannt. Die Kommunen holen sich in solchen Fällen mit allerdings unvergleichbar günstigem Zinssatz sogenannte Kassenkredite, die landesweit bis Ende 2016 auf insgesamt rund 6 Mrd. Euro aufgelaufen sind. Die Stadt Langen hatte zu diesem Zeitpunkt rund 37 Mio. Kassenkredite aufgenommen.

Weil eine weitere Verschuldung mit dem latenten Risiko ansteigender Kreditzinsen nicht hingenommen werden kann, hat die Landesregierung ihre Pläne für eine sogenannte Hessenkasse vorgestellt, die den hessischen Kommunen ihre Kassenkredite ablöst und damit das Zinsrisiko nimmt. Im Gegenzug müssen sich die Städte verpflichten, 50 % der umgeschuldeten Summe innerhalb von 30 Jahren mit einem Betrag von 25,- Euro pro Einwohner und Jahr zurückzuführen. Kommunen, die mit diesen Raten nach 30 Jahren ihren Kassenkredit noch nicht abbezahlt haben, sollen die Restschuld erlassen bekommen.

Die Stadt Langen könnte auf diese Weise innerhalb von 16 Jahren mit einer Tilgungsleistung von knapp einer Million Euro pro Jahr Ihre Kassenkredite loswerden. Diese jährliche Tilgungsrate muss allerdings zusätzlich zu einem ausgeglichenen Haushalt erwirtschaftet werden. Außerdem ist eine Liquiditätsreserve anzulegen, damit zukünftig keine neuen Kassenkredite aufgenommen werden müssen.

Das Gesetz zur Hessenkasse soll noch im Dezember 2017 beschlossen werden. Die Stadtverordnetenversammlung muss dann den Beitritt zur Hessenkasse beschließen. Geld geschenkt bekommen wir damit letztlich nicht, denn die hessischen Kommunen tragen drei Viertel der Gesamtlast selbst und warten immer noch darauf, dass sie vom Land die finanziellen Mittel bereitgestellt bekommen, die sie zur Erledigung der ihnen übertragenen Aufgaben brauchen.

Zusätzliche Querung



Eberhard Heun

In einem Antrag an den Magistrat hat die SPD-Fraktion die Stadt aufgefordert, für Radfahrer und Fußgänger eine zusätzliche sichere Querung der Bahngleise zu errichten.

Die Unterführung im Bereich Liebigstraße/ Paul-Ehrlich-Straße stößt schon heute an ihre Grenzen. Beim Gegenverkehr von großen Fahrzeugen, Bussen oder LKW, entstehen für Fußgänger und Radfahrer gefährliche Situationen. Diese werden sich mit der Entwicklung des Baugebietes Liebigstraße noch weiter verschärfen. Um an die Auffahrt B 486 in Richtung Westen zu gelangen, wird ein großer Teil des Verkehrs durch diese Unterfüh-

Mobilität innovativ



Das Fehlen eines öffentlichen Angebots an Leihfahrrädern hat mit dazu geführt, dass Langen bisher nur im Mittelfeld der fahrradfreundlichen Städte zu finden war. Bisher – denn jetzt gibt es ein Bike-Sharing-Angebot

der Firma byke. Die gelb-blauen Fahrräder werden an zentralen Stellen bereitgestellt und gehören schon zum Stadtbild. Für die Nutzung braucht man ein Smartphone mit der entsprechenden App. Mehr erfährt man unter byke.de.

Alle Radfahrer ärgern sich über Autos, die auf Geh- oder Radwegen abgestellt werden. Da Falschparkerkontrollen auch nach Ansicht des ADFC zu selten erfolgen, wurde ein Antrag der SPD-Fraktion verabschiedet, die Kontrollen zu verstärken. Auch beim motorisierten Nahverkehr gibt es ein innovatives Projekt: das Car-Sharing-Angebot der Firma **App2drive**. An acht Standorten in der Stadt werden Fahrzeuge mit grünen Aufschriften bereitgestellt. Wer das Angebot nutzen will, kann sich unter app2drive schlau machen und registrieren lassen. Besonders, wenn später ein E-mobil die Flotte ergänzt, ist dieses Projekt ein weiterer Schritt in ein zukunftsorientiertes Mobilitätskonzept. Die SPD wird diese Entwicklung wohlwollend begleiten. **Frank Gottschling**

rung rollen. Deshalb fordert die Langener SPD-Fraktion eine zusätzliche Unter- oder Überführung der Bahngleise für Radfahrer und Fußgänger. Diese soll wenige Meter weiter in Richtung Bahnhof entstehen. Außerdem kann damit die trennende Wirkung, die durch die Bahngleise entstanden ist, ein Stück beseitigt werden. Natürlich muss dabei auch der Anschluss an den geplanten Rad-Schnell-Weg und die Anbindung an das Langener Radwegenetz berücksichtigt werden.

Nach dem Bau einer solchen Unter- oder Überführung muss geprüft werden, ob die jetzige Unterführung Liebigstraße/Paul-Ehrlich-Straße so zurück gebaut wird, dass sie nur noch für den Kfz-Verkehr zur Verfügung steht. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass diese Streckenführung nicht als Alternative zur Nordumgehung genutzt wird und somit noch mehr KFZ-Verkehr anzieht.

Gelungener Kita-Fachtag

Immer wieder erfahren wir in der Stadtverordnetenversammlung, wie groß die Nachfrage nach Kitaplätzen in Langen ist, und dass die Wartelisten immer länger werden. Alle im Parlament vertretenen Parteien sind deshalb daran interessiert, diese Situation zu verbessern. Die SPD Fraktion stellte den Antrag, einen Kita-Fachtag mit externen Fachleuten durchzuführen, um die Situation zu beleuchten und neue Lösungen zu finden.

Der Fachtag begann am 18. November mit Vorträgen von drei externen Fachleuten. Uta Meier-Gräwe, Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Universität Gießen, wies z. B. darauf hin, dass die sozialen Dienste ein Wachstumsmarkt sind. Zudem ging sie auf die vielfältigen Lebensformen ein und appellierte dafür, die wachsende Armut von Kindern im Blick zu haben und die Angebote für deren Familien zu verstärken.

Renate Knapp, Marketing- und Fundraisingberaterin, erläuterte: „Eltern verstehen sich heute als Kunden und stellen hohe Ansprüche an Dienstleistungen.“ Michael Baumeister, Studiendirektor an der Berta Jourdan-Schule in Frankfurt, informierte über die hohen Anforderungen der Erzieher/innen-Ausbildung. Der Beruf werde immer mehr als „Bildungsberuf“ wahrgenommen. Die Zahl der Auszubildenden habe sich von 2006 bis 2016 verdoppelt. „Die Auszubildenden sind heute lebenserfahrener, meist über 25 Jahre alt und haben höhere Bildungsabschlüsse. 30 % der Auszubildenden sind inzwischen Männer.“

Am Nachmittag wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet, die nach Möglichkeiten zur Personalgewinnung bzw. Personalbindung und zur zusätzlichen Kitaplatzbeschaffung suchen sollten. Den Ideen waren keine Grenzen gesetzt. Ein „das geht nicht“ gab es nicht. Als Beispiele wurden unter anderem genannt: einen Pavillon auf dem Gelände der JuKi-Farm oder im Birkenwäldchen aufzustellen, erneut über einen Waldkindergarten nachzudenken, sowie leerstehende Geschäftsräume in der Bahnstraße für die Kinderbetreuung zu nutzen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmern werden die Ideensammlung gemeinsam mit der Verwaltung nach Umsetzungsmöglichkeiten untersuchen. Die Ergebnisse des Fachtages werden am 22. Februar im Sozialausschuss öffentlich präsentiert.

Angelika Gottschling, Monika Hoppe



Rolle rückwärts bei den Kitagebühren

Die Mehrheit im Stadtparlament unter Führung der CDU, mit kurioser Zustimmung der Linken, will die Kitagebührenstaffelung wieder abschaffen. Wie aber die Gebühren gestaltet sein sollen, das sagen die Antragsteller lieber nicht.

Für die SPD ist das nichts anderes als eine kopflose Rolle rückwärts. Motto: „Die Verwaltung soll mal machen. Wir sind es dann nicht gewesen, wenn die Gebühren steigen müssen.“ Wie schon in den vergangenen Jahren wollen sich die Gegner der Staffelung nicht wirklich mit der unbequemen Thematik Kitagebühren auseinandersetzen.

Es mag ja sein, dass die rotgrüne Lösung verbesserungsfähig ist. Aber auch daran wollen die Gegner partout nicht mitarbeiten. Und das, obwohl feststeht – das sagen inzwischen auch die Bertelsmann-Stiftung und sogar führende CDU-Landespolitiker: **Die Staffelung ist die gerechtere Form**. Insbesondere bis es gelingt, die Kitagebühren ganz abzuschaffen. Auf dem Weg dahin bleibt es Ziel der SPD, die Kitagebühren so gerecht wie möglich zu gestalten. Das haben wir mit der Staffelung und dem verbesserten Geschwisterbonus erreicht. Außerdem ist es gelungen, die erforderlichen Mehreinnahmen zu erzielen. Jetzt Rolle rückwärts bedeutet: **Gebührenschaube nach oben wieder ganz weit offen**. Das halten wir für unverantwortlich.

Mehr für Fördervereine



Angelika Gottschling

Jahren zuverlässig bei der Kinderbetreuung. Mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement wurden inzwischen Betreuungsplätze für

Null Kitagebühren? 136 € vom Land reichen nicht

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass sich die hessische Landesregierung endlich dazu durchgerungen hat, die Kitagebühren abschaffen zu wollen. Aber das darf weder auf Kosten der Kitaqualität gehen, noch allein für die Eltern von Drei- bis Sechsjährigen gelten. Mit der geplanten pauschalen Erstattung von 136 € sind die Elternbeiträge sicher nur zum Teil abgedeckt. Und lediglich sechs Stunden Betreuungszeit pro Tag reichen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht aus. Der Bedarf an Ganztagsbetreuung wächst ständig. Auch bei den Unterdreijährigen und bei den Schulkindern.

Auch die Folgen für den städtischen Haushalt dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Angesichts der schwierigen Haushaltskonsolidierung – keine neuen Schulden ab 2019 – muss das Land von den tatsächlichen Kitabetriebskosten (durchschnittlich rund 1200 € pro Ganztagsplatz monatlich) endlich den vereinbarten Landes-Drittelanteil tragen, bevor überhaupt an Gebührenbefreiung zu denken ist. Wir wollen keine weitere Mogelpackung auf Kosten der Städte und Gemeinden, die Grundsteuererhöhungen vorprogrammiert.

Margrit Jansen

540 Schulkinder eingerichtet. Auch in diesem Jahr konnten die Vereine noch einmal 18 weitere Plätze schaffen. Das bedeutet eine Erhöhung des städtischen Zuschusses. Der zuständige städtische Fachdienst schlug zur Gegenfinanzierung vor, den Essenzuschuss von bisher 1 € pro Kind auf 0,50 € zu senken. Die SPD Fraktion hat sich dafür eingesetzt, nicht zu kürzen, sondern den Förderbetrag von 581.229 € auf 613.000 € anzuheben. Die SPD Fraktion begrüßt den einstimmigen Beschluss dazu. Er gibt den Fördervereinen die notwendige Planungssicherheit für das Jahr 2018.